

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An die Oberbürgermeisterin  
der Stadt Bochum

Frau Dr. Ottilie Scholz

Rathaus, Zi. 49  
Willy-Brandt-Platz 2-6  
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295 / -1296  
Fax: 0234 – 910 1297  
eMail: Linksfraktion@bochum.de  
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 10. Februar 2015

## **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 11.02.2015**

### **Anfrage zur Vorlage 20150121: Errichtung eines zentralen Betriebsstandortes für den Technischen Betrieb**

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 05.02.2015 wurde der Tagesordnungspunkt 2.1. „Errichtung eines zentralen Betriebsstandortes für den Technischen Betrieb“ (Vorlage 20150121) wegen Beratungsbedarf in den Haupt- und Finanzausschuss verschoben.

Der Beschluss „Zusammenlegung der Technischen Betriebe der Stadt Bochum“ wurde am 10.04.2014 gefasst. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen (endgültige Schließung des Opel Werks 2014 und Outokumpo 2015), sowie der veränderten Haushaltslage 2015 fragt DIE LINKE. im Rat an:

Wurden weitere kostengünstigere Alternativen zur Zusammenlegung der Technischen Betriebe nach der Beschlussfassung 2014 geprüft, zum Beispiel:

- das Hallen- und Betriebsgelände von Outokumpo an der Essener Straße?
- das Betriebsgelände ThyssenKrupp/Bochumer Verein an der Alleestraße?
- das unter Denkmalschutz stehende ehemalige BKK-Gebäude an der Bessemer Straße mit den dahinter liegenden Freiflächen?
- weitere geeignete Grundstücke und Gebäude?

Der Neubau inklusive Grundstückserwerb für geplante 25 Millionen Euro bzw. alternativ eine Mietverpflichtung mit 1,3 Millionen Euro Jahresmiete für die nächsten 30 Jahre stellen nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. insbesondere angesichts der prekären Haushaltslage eine sehr weitgehende Verpflichtung dar, die zum Beispiel bei steigenden Baukosten zu einem finanziellen Abenteuer werden könnten. So sehr wir den Technischen Betrieben einen optimalen Standort wünschen, sehen wir doch die Notwendigkeit alle Möglichkeiten auszuschöpfen um Kosten zu sparen und neue finanzielle Risiken zu vermeiden. Daher bitten wir um Beantwortung bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.03.2015.

Ralf-D. Lange

FdR: Anke Pfromm